



Amtsgericht Köln

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 29.07.2026, 10:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 37 Reichenspergerpl., Reichenspergerplatz 1,
50670 Köln**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Longerich, Blatt 37641,

BV lfd. Nr. 3

Gemarkung Longerich, Flur 99, Flurstück 1798/150, Gebäude- und Freifläche,
Hermesgasse 110, 110 A, Größe: 197 m²

versteigert werden.

Einfamiliendoppelhaus in 50735 Köln-Niehl, Hermesgasse 110, 110a.

Das Gebäude ist einseitig angebaut, 1-geschossig mit ausgebautem Dachgeschoss, teilunterkellert und mit 1-geschossigem, nicht unterkellerten Flachdachanbau.

Gebäudeteil Hermesgasse 110: Wohnung rd. 50 m², bestehend aus 3 Zimmern, Küche, WC-Raum, Fluren und Abstellraum (aber ohne Bad).

Gebäudeteil Hermesgasse 110a: Wohnung rd. 65 m², bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Duschbad, Flur und Dachterrasse, wobei sich die Küche im Gebäudeteil Hermesgasse 110 befindet, Baujahr: Mitte des 19. Jahrhunderts.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 18.05.2022 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

355.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.